



Flüchtling im Camp Tamping in Juba

# In Freiheit gescheitert

**Südsudan** Unter Jubel wurde vor drei Jahren der jüngste Staat der Welt geboren. Heute leidet die Bevölkerung unter Hunger und Kriegsverbrechen – der Fall eines politischen Selbstmords.

Die Glücklichen schaffen es auf die Isolierstation. Dort liegen sie unter einer Zeltplane auf Pritschen, neben ihnen Kübel mit Erbrochenem. Immerhin, sie bekommen Infusionen und Antibiotika. Die anderen, die sich bis in die Notaufnahme des Juba Teaching Hospital geschleppt haben, ins größte Krankenhaus der Stadt, müssen tagelang warten, neben fliegenumschwirrten Müllhaufen und stinkenden Abwasserlachen, zusammengekrümmt auf nacktem Beton. Niemand kümmert sich um sie.

„Täglich kommen neue Cholera-Kranke, sie haben sich durch verseuchte Nahrungsmittel oder fauliges Trinkwasser infiziert“, sagt Isaac Gawar, ein junger Arzt. Schweiß strömt über sein Gesicht. „Es sind schon 655 Fälle, wir können sie kaum bewältigen. 15 Menschen sind bereits gestorben.“

Das Krankenhaus ist so verwahrlost wie das ganze Land. Nichts ist mehr zu spüren von der Euphorie, mit der die Südsudane-

sen vor drei Jahren in eine bessere Zukunft aufbrachen. Am 9. Juli 2011 wurde der jüngste Staat der Welt geboren, Zehntausende jubelten damals: Endlich frei! Endlich unabhängig!

Im Januar 2011, nach einem jahrzehntelangen Sezessionskrieg, hatten 99 Prozent der überwiegend christlichen Bevölkerung für die Unabhängigkeit vom muslimisch geprägten Sudan gestimmt. Der Frieden währte nur kurz, im Dezember 2013 brach ein neuer Bürgerkrieg aus. Über 10000 Menschen sollen bislang getötet worden sein. 1,3 Millionen wurden nach Schätzungen der Vereinten Nationen vertrieben, vier Millionen sind von einer Hungersnot bedroht.

Hinter dieser Tragödie steht das Zerwürfnis zweier Politiker, die einst gemeinsam für die Unabhängigkeit gekämpft haben: Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar. Sie repräsentieren jeweils die größten Volksgruppen im Land, die Dinka und die Nuer, ihr Machtkampf war von An-

fang an durch ethnische Rivalität geprägt. Es geht um den Zugriff auf die wertvollste Ressource des Landes: Erdöl.

Im Juli des vergangenen Jahres feuerte Staatschef Kiir, ein Dinka, das gesamte Kabinett und entließ seinen Stellvertreter Machar, einen Nuer. Vier Monate später, am 15. Dezember, entlud sich der schwelende Konflikt in Gefechten. Kiir wirft seinem Gegner vor, einen Putsch angezettelt zu haben, Machar bestreitet dies. Fest steht, dass mehrere Divisionen der Armee zu den Rebellen übergelaufen sind und gegen die Regierungstruppen kämpfen.

Zahlreiche Dörfer wurden seither dem Erdboden gleichgemacht, größere Städte wie Malakal haben sich in Geisterorte verwandelt. Menschenrechtsorganisationen beschuldigen beide Seiten schwerer Kriegsverbrechen. Mitte April verübten die Aufständischen ein Massaker in Bentiu, Augenzeugen berichteten von Hunderten Toten. Und von Leichen auf den Straßen,

FOTOS: PHIL MOORE / DER SPIEGEL

über die sich Schweine her-machten.

In den schwer zugänglichen Kampfzonen verschlechtert sich die Lage von Tag zu Tag. Dort konnten die Bauern in diesem Jahr ihre Felder nicht bestellen und keine Ernte einfahren. Weil im Mai die Regenzeit begonnen hat, sind viele Hungernde auf den schlammigen Landwegen nicht mehr zu erreichen; sie müssen aus der Luft versorgt werden.

Im al-Sabah Children's Hospital in Juba, dem einzigen Kinderkrankenhaus im Südsudan, werden 20 zu Tode erschöpfte Säuglinge und Kleinkinder mit Nährlösung hochgepöppelt. Sie haben einen aufgedunsenen Bauch, spindeldünne Gliedmaßen, spitze Rippenknochen, Ausschlag auf der pergamentdünnen Haut. Sie wimmern, zum Schreien sind sie zu schwach.

Die Mutter eines neun Monate alten Mädchens erzählt, wie ihr Mann von den Rebellen erschossen wurde und das halbe Dorf ausgerottet wurde und wie sie es mit letzter Kraft schaffte, sich aus dem 600 Kilometer entfernten Malakal nach Juba durchzuschlagen. Ihr Kind ist bis auf die Knochen abgemagert. Es hat das Gesicht einer alten Frau.

Dem Gesundheitsministerium ist es in den drei Jahren seit der Unabhängigkeit noch nicht einmal gelungen, die wenigen Krankenhäuser in Juba zu renovieren. Der zuständige Minister sagt am nächsten Morgen den vereinbarten Gesprächstermin wieder ab. Er fühle sich nicht wohl, erklärt einer seiner Sekretäre, die in kahlen Büros hinter leeren Schreibtischen sitzen – und den ganzen Tag nur auf den Abend warten.

Rund 200 000 Staatsbedienstete bevölkern die vielen Ministerien und Ämter, darunter viele Exrebellens, die nach dem Bürgerkrieg eine neue Aufgabe brauchten. Von der Verwaltung eines modernen Staatswesens haben sie keine Ahnung.

Juba, eine Barackensiedlung mit einer halben Million Einwohnern, hat sich in die Welthauptstadt der Hilfsindustrie verwandelt. Zurzeit sind hier rund 200 Entwicklungsorganisationen tätig, staatliche, kirchliche und private, hinzu kommen die Uno-Friedenstruppen und diverse Agenturen der Vereinten Nationen. Weil es so viele sind, hat die Zulassungsbehörde sogar eigene Autokennzeichen für ausländische Nichtregierungsorganisationen ausgegeben.

In den vergangenen drei Jahren hat vermutlich kein Land der Welt pro Kopf mehr internationale Unterstützung erhalten, allein im



**Cholera- und Mangelkranke Kinder in Juba:** Welthauptstadt der Hilfsindustrie

Gründungsjahr waren es 1,4 Milliarden Dollar. „Gemessen am Aufwand sind die Ergebnisse dürftig“, sagt ein EU-Diplomat. Hunderte Millionen seien in der Hauptstadt Juba geblieben, im Rest des Landes existiere der Staat nicht.

Über drei Viertel der geschätzten zehn Millionen Südsudanesen sind Analphabeten, jeder Dritte ist chronisch unterernährt, nur ein Prozent hat Zugang zu Strom. Die Müttersterblichkeit ist die höchste der Welt. Auf dem neuesten „Index fragiler Staaten“ liegt das Land auf Platz eins, vor Somalia.

Dabei ist der Südsudan ein potenziell reicher Staat. Er verfügt über Öl, wertvolle Mineralien, Tropenholz und fruchtbares Agrarland, das halb Afrika ernähren könnte. In Friedenszeiten sprudelten aus seinen Ölquellen noch bis zu 350 000 Barrel pro Tag, infolge der Kriegswirren schrumpfte die Fördermenge auf 160 000 Barrel. Die Regierung erhält für jedes Fass 68 US-Dollar, dürfte also im laufenden Wirtschaftsjahr immer noch rund vier Milliarden Dollar einnehmen. Doch der Reichtum versickert. Schon vor 2011 stellte ein vertraulicher Bericht von Bilanzprüfern fest, dass Mil-

lionen Petrodollar auf Bankkonten in Genf abgezweigt wurden. Nach der Unabhängigkeit vervielfachte sich die unterschlagene Summe.

Im Juni 2012 schickte Präsident Salva Kiir einen Brief an 75 hohe Staatsbeamte. Er forderte sie auf, gestohlene Öleinnahmen zurückzuerstatten, insgesamt vier Milliarden Dollar. „Wir haben vergessen, wofür wir einst kämpften, und angefangen, uns auf Kosten unseres Volkes zu bereichern“, mahnte der autokratisch herrschende Staatschef. Er und seine Minister reden öffentlich gern über Transparenz, gute Regierungsführung und Bekämpfung der Korruption.

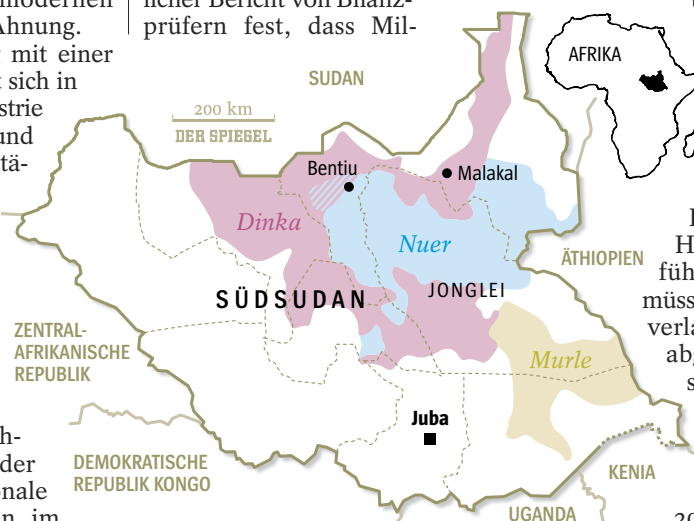
„Die Demokratie liegt uns im Blut“, sagt der Präsident. Er weiß, was die westlichen Geberländer hören wollen.

In diesen Tagen bereitet die Regierung die Jubelfeiern zum dritten Geburtstag des Südsudan vor. Auf Großplakaten steht: „Der Kampf geht weiter. Unsere Mission ist noch nicht vorbei.“ Heimatvertriebene wie John Kom Yak empfinden solche Parolen als Hohn. Der 47-Jährige floh mit seiner Familie nach dem Ausbruch der Kämpfe nach Tamping, in das Flüchtlingslager am Rand von Juba, das Blauhelme der Unmiss schützen. Die Friedensmission der Vereinten Nationen soll demnächst auf insgesamt 12 500 Mann aufgestockt werden, ihr Mandat wurde Ende Mai um sechs Monate verlängert.

„Sie werden noch viel länger bleiben müssen“, sagt Yak, ein hochgewachsener Nuer mit Schmucknarben auf der Stirn. Er sitzt im Schatten einer Akazie und spielt Domino mit ein paar alten Männern. Auf ihren Handys zeigen sie Fotos von den Gräueltaten in ihrem Dorf. „Das haben die Soldaten der Regierung angerichtet, diese verdammten Dinka“, sagt Yak. Er hat seine Mutter verloren, die Schwiegereltern, die Söhne.

Yak arbeitete nach der Unabhängigkeit als Dorfpolizist, das Gehalt reichte aus, um seine elfköpfige Großfamilie zu ernähren. Nun ist ihm außer den Kleidern am Leib, seiner Uniform und ein paar Habseligkeiten nichts geblieben. „Wir fühlen uns wie Gefangene, aber wir müssen hier bleiben. Wenn wir das Camp verlassen, werden wir von den Dinka abgeschlachtet.“ Das Stammesdenken sei jetzt wieder viel stärker als das Nationalgefühl, sagt Yak. „Das Nation Building war nur eine Illusion.“

Im Camp Tamping haben über 20 000 Binnenvertriebene Zuflucht



gefunden. Sie hausen in windschiefen Zelten, schlafen auf feuchten Matratzen, 65 Personen müssen sich eine Latrine teilen. Wenn sie von den Tanklastern Wasser holen, versinken sie in knöcheltiefem Morast.

Viele Flüchtlinge haben keine Hoffnung mehr auf einen stabilen Frieden. Sie halten auch nicht viel von dem Abkommen, das Präsident Kiir und Rebellenführer Machar am 10. Juni unterzeichnet haben. Denn schon zweimal, im Januar und im Mai, wurde eine Waffenruhe vereinbart – und von beiden Seiten nach wenigen Tagen gebrochen.

Diesmal aber haben die Nachbarstaaten Sanktionen angedroht, sollten die beiden Erzfeinde den jüngsten Friedensvertrag nicht erfüllen. Er sieht vor, dass sie binnen 60 Tagen eine gemeinsame Übergangsregierung bilden, um den Südsudan vor dem endgültigen Scheitern zu bewahren.

„Wir werden Frieden und Wohlstand schaffen“, sagt David Yau Yau vom Volk der Murle. Der ehemalige Theologiestudent zählt zu den berüchtigten Warlords, die ihre eigenen Regionalkriege führen. Nach einer verlorenen Wahl scharte er eine Truppe Aufständischer um sich und terrorisierte die Bevölkerung im Bundesstaat Jonglei. „Wir sind für all diese Ereignisse mitverantwortlich“, bekennt Yau Yau, „aber jetzt wollen wir uns versöhnen.“ All diese Ereignisse, das sind: Raubzüge, Vergewaltigungen, Versklavung von Kindern, ethnische „Säuberungen“.

Die wahre Ursache der Krise sei die systematische Benachteiligung seiner Heimatregion, erklärt Yau Yau. Es gebe dort keine Teerstraßen, keine Schulen, keine Krankenhäuser, nichts. Yau Yau fordert einen fairen Anteil an den Ölgewinnen, künftig will er den Bezirk Pibor, „mein Territorium“, selbst verwalten. Mit einer zehnköpfigen Delegation ist er in die Hauptstadt gereist, um mit der Regierung die Modalitäten auszuhandeln. An diesem Abend steht ein Dinner mit Staatschef Kiir an.

Vor ein paar Monaten wäre diese Mission noch lebensgefährlich gewesen. Yau Yau hat bereits einen Mordanschlag überlebt. Er war ein Erzfeind des Präsidenten, seine Krieger kämpften gegen die Regierungsarmee und töteten oder vertrieben Dinka und Nuer aus ihrem Machtgebiet. Seit Kurzem gehört der Rebellenführer zu den Verbündeten des Präsidenten, Kiir hat Yau Yau sogar zum General gekürt und will dessen Truppe in die Armee integrieren. Er hat nun einen Widersacher weniger.

Bartholomäus Grill



**Videoreportage:**

**Im Cholera-Krankenhaus**

[spiegel.de/app272014suedsudan](http://spiegel.de/app272014suedsudan)  
oder in der App DER SPIEGEL